

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Dienstag (Vormittag), 3. September 2019 / Mardi matin, 3 septembre 2019

Volkswirtschaftsdirektion / Direction de l'économie publique

**18 2018.RRGR.695 Motion 239-2018 Michel (Schattenhalb, SVP)
Gerechtere und einfachere Erhebung der Kurtaxe**

**18 2018.RRGR.695 Motion 239-2018 Michel (Schattenhalb, UDC)
Prélèvement plus équitable et plus simple de la taxe de séjour**

Präsident. Traktandum 18: Auch diese Motion wird mit einer kurzen Erklärung zurückgezogen. Ich gebe Grossrat Michel das Wort.

Andreas Michel, Schattenhalb (SVP). Mein Vorstoss hätte den Tourismusdestinationen oder Gemeinden die Möglichkeit geben sollen, die Kurtaxe als Pauschale festzulegen, anstelle des Bezugs der Kurtaxe pro Logiernacht.

Die Basis dieser Kurtaxe ist in Artikel 263 des Steuergesetzes (StG) festgelegt und hätte dort mit dem Einbezug einer Kann-Alternative einfach ergänzt werden können. Die ausführliche und ablehnende Begründung des Regierungsrates zieht nicht in Betracht, dass es andere gibt – namentlich der Tourismuskanton Graubünden –, die mit pauschalisierten Abgaben gute Erfahrungen machen. Das Bundesgericht hat im April dieses Jahres bei Beschwerden aus dem Bündnerland die Unschärfe der Berechnung solcher Pauschalen, wie sie vom Regierungsrat vor allem als negativer Punkt beigezogen wurde, in Abrede gestellt. Der Regierungsrat glaubt im Weiteren nicht an die Vereinfachung des administrativen Aufwands, weil er an gewisse Teile der Bürokratie nicht denkt. Eines der Hauptprobleme der Logiernächte-Abrechnungen der diversen Leistungsträger ist, dass sie nicht stimmen und dass sie leider auch in vielen Fällen nicht korrekt vorgenommen werden. Kontrollen sind sehr schwierig, wenn überhaupt machbar, und die Dummen sind jene, die korrekt abrechnen. Mein Vorstoss hätte gerade kleineren Gemeinden oder Destinationen eine Alternativmöglichkeit geboten, die Kurtaxe einfacher und auch gerechter zu erheben.

Ich ziehe meinen Vorstoss vorläufig zurück, weil es für die fraglichen Tourismusgemeinden im Moment noch kein Thema ist.